

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt Nieja,  
Gemeinl. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts,  
des Amtsgerichts Nieja, des Finanzamts Nieja und des Hauptzollamts Nieja.

Postfachkonto: Dresden 1539  
Groschasse Nieja Nr. 22.

Nr. 130.

Donnerstag, 5. Juni 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligte Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Nieja. Nachträgliche Unterhaltungsgebühren im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger gegenwärtiger Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungs-Veranstaltungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Absetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Nieja. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ahlemann, Nieja; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Nieja.

## Die Regierungserklärung im Reichstag.

Bda. Berlin, 4. Juni 1924.

Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind stark gefüllt. In der Diplomatenloge sieht man die Vertreter der fremden Mächte.

Um 5,20 Uhr erscheint der Reichskanzler Marx im Saal. Mit ihm die Reichsminister Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Jares, Postminister Dr. Höffe, Arbeitsminister Dr. Brauns, Verkehrsminister Deier, Reichswehrminister Dr. Giesler, Wirtschaftsminister Hamm, Ernährungsminister Dr. Ranik.

Präsident Wallraf eröffnet die Sitzung um 5,30 Uhr und gibt Kenntnis von einer Tankagung der österreichischen Regierung für die Beileidigungsbewegung des Deutschen Reichstags.

Auf der Tagesordnung steht nur die Entgegennahme einer

### Erklärung der Reichsregierung.

Das Wort erhält sofort der Reichskanzler Marx. Der Kanzler wird, als er zum Rednerpult schreitet, von den Kommunisten mit wilden Rufen empfangen. Sie schreien empor: Amnestie! Freilassung der politischen Gefangenen! Bald aber legen sich die Rufe und der Reichskanzler erhält das Wort.

#### Reichskanzler Marx:

Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, dem neugewählten Reichstag die Reichsregierung vorzustellen. Der Herr Reichspräsident hat alle Mitglieder der bisherigen Reichsregierung in ihren Ämtern bestätigt. Die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung hatten ihren tiefsten Grund in der ersten und bedrängten außenpolitischen Lage des Reichs. Nach den vergeblichen Bemühungen Deutschlands zu einem wahren Frieden zu gelangen, wird der Meinungsstreit über den einschlagenden Weg festharrt ausgegossen, als die Einmütigkeit über das Ziel der Befreiung Deutschlands es rechtfertigt. Seit Jahren steht die deutsche Politik unter dem Druck der außenpolitischen Verhältnisse, zumal jetzt, da

### Das Gutachten der Sachverständigen

die beherrschende Frage der großen internationalen Politik ist. Für Deutschland ist es die Lebensfrage. Die Lage unserer Wirtschaft ist trostlos, wenn nicht gar verzweifelt. In aller kürzester Frist muß eine Entspannung der Weltspannung erfolgen, wenn nicht unsere ganze Wirtschaft erliegen soll. Einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise sah die Reichsregierung in dem Gutachten namhafter ausländischer Sachverständiger. Sie hat deshalb am 17. April der Reparationskommission geantwortet, daß sie in dem Gutachten eine praktische Grundlage für die schnelle Lösung des Reparationsproblems erblickt und daß sie deshalb bereit sei, ihre Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen zuzusichern. Die jetzige Reichsregierung wird die bereits im Gange befindlichen und durch die Regierungsbildung nicht verzögerten Vorarbeiten zur Durchführung des Gutachtens fortsetzen. Aufgabe der Reparationskommission ist die Goldnotenbank, die Reichsbahn und die Industrieobligationen wie es sein, die in dem Gutachten noch vorhandenen Lücken auszufüllen und Unklarheiten sowie jegliche Widersprüche auszuräumen. Die Befugnisse der Kommission müssen völlig klar gestellt und abgegrenzt werden, und die Zweifel hinsichtlich der deutschen Meiderei in den Verwaltungsrat der Reichsbahn beseitigt werden. Danach wird die Reichsregierung die Gesandtschaft über diese Materien den eingehenden Vorschlägen vorlegen. Ferner müssen die Fragen der Hölle und Verbrauchsabgaben mit der Gegenseite erörtert werden, und die Fälligkeit des Agens für die Reparationszahlungen nach in Einzelheiten geregelt werden. Das Gutachten kann nach der Ansicht der Sachverständigen nur als Ganzes angenommen oder verworfen werden. Die Reichsregierung will die Vorarbeiten beschleunigen und das Gutachten in die Wirklichkeit umsetzen. Sie hofft dabei auf die schnelle Mitarbeit des Reichstags.

Die von unserer Seite zu erlassenden Gesetze, Verträge und Anordnungen werden erst in Kraft treten, wenn klar und eindeutig feststeht, daß die Gegenseite das Gutachten als ein unteilbares Ganzes unverändert annimmt, und wenn Beweise dafür gegeben sind, daß die Gegenseite gleichzeitig alle die Maßnahmen trifft, die in dem Gutachten als notwendig bezeichnet sind, um die deutsche Leistungsfähigkeit wiederherzustellen. Die ungeheuren Opfer für das deutsche Volk sind nur tragbar, wenn allen Deutschen die Möglichkeit gegeben wird, in ihrer Heimat sich ungehinderter Arbeit hinzugeben. Den vielen Tausenden Vertriebenen und ihrer Heimat Verbannten Freiheit und Heimat wiederzugeben, ist ein unerlässliches Ziel, von dem die Reichsregierung nicht abgehen kann. Wenn so das Gutachten im Geiste ehelicher Verständigung als Ganzes von allen beteiligten Regierungen angenommen und durchgeführt wird, werden wir wieder auf eine vertragliche Grundlage mit unseren Reparationsgläubigern kommen. Es ist nur folgerichtig und unerlässlich, daß das vertragliche Basis überall wiederhergestellt wird, sowohl bezüglich des auf Grund des Versailles-Vertrages befestigten linksrheinischen Gebietes als auch bezüglich der über diesen Vertrag hinaus befestigten Gebiete. Das wird in sich schließen, daß im linksrheinischen Gebiet das Rheinlandabkommen wiederhergestellt und lokal gehandhabt wird und die darüber hinaus befestigten Gebiete geräumt werden. Die Sachverständigen

haben selbst klar darauf hingewiesen, daß die über ihre Zuständigkeit hinausgehenden politischen Fragen zwischen Reichsregierung und den alliierten Regierungen unmittelbar geregelt werden müssen.

Vor diesen lebenswichtigen, für die Einheit des Reichs wie für die deutsche Wirtschaft gleich bedeutsamen Fragen der Außenpolitik müssen alle innerpolitischen Fragen vorerst zurücktreten. Deshalb unterlassen wir es jetzt, auf Fragen innerer Politik einzugehen. Erst nach einer Klärung und Vereinnahmung unserer außenpolitischen Schwierigkeiten kann der Wiederaufbau im Innern auf festem, wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet in Angriff genommen werden.

Der Reichskanzler fährt fort: Die Reichsregierung wird ihre ganze Kraft an die Arbeit setzen, die zur Schließung der Durchsicht des Sachverständigen-Gutachtens erforderlich ist, und stets ihr Augenmerk darauf richten, daß die sich daraus für das ganze Volk ergebenden schweren Lasten nach Maßgabe der Tragfähigkeit gerecht verteilt werden. Angesichts der verzweifeltsten wirtschaftlichen Notlage, in der sich die deutsche Wirtschaft zurzeit befindet, bekräftigt die Reichsregierung den Reichstag und das ganze deutsche Volk, die langsam eintretende Gesundung Deutschlands durch Unentgeltlichkeit nicht wieder zu gefährden. Wenn Deutschland ein zweites Mal so dicht an den Abgrund gekommen wäre, wie im November vorigen Jahres, dann wird niemand mehr Hilfe bringen können. In den kommenden Wochen handelt es sich darum, den einseitigen Gesundungsprozess durchzuführen und die deutsche Wirtschaft zu retten. Wir dürfen nicht die schwere geschichtliche Schuld auf uns laden, das Deutsche Reichs Ansehen verschuldet zu haben, weil wir im entscheidenden Augenblick nicht nationale Disziplin zu wahren wußten. Das Ausland muß sehen, daß das deutsche Volk geschlossen, den sich ihm bietenden Weg in die Freiheit gehen will. Das Ausland aber muß endlich auch den Beweis erbringen, daß es zu ehelicher Verständigung bereit ist. Nur dann wird sich im deutschen Volke der durch zahllose Enttäuschungen und Demütigungen erschütterte Glaube an wahren und dauernden Frieden wieder schlingen. Es geht um deutsche Freie, es geht um deutsches Land, es geht um Deutschlands Rettung in letzter höchster Not. Das Rheinland und unsere bedrängten Landesteile an der Ruhr stehen erwartungsvoll auf Sie und verlangen von Ihnen, daß Sie ihnen schnell Rettung und Hilfe bringen. Die Ausführungen des Reichskanzlers wurden wiederholt von Zwischenrufen der äußersten Linken unterbrochen und er zwischerte an die Kommunisten, den Augenblick, wo die ganze Welt auf uns blicke, zu wahren. Als der Kanzler von der Notwendigkeit der Klärung des über den Versailles-Vertrag hinaus befestigten Gebietes sprach, erörte bei den hiergerichteten Parteien lebhafter Beifall. Sein Appell an die Einheit löste gleichfalls Zustimmung aus. Am Schluß der Rede erklärte in der Mitte Beifall, die Rechte schweigend und die äußerste Linke verborte auf Neue die Amnestie.

Präsident Wallraf ersucht das Haus, die Besprechung der Regierungserklärung auf heute Donnerstag zu vertagen und legt den Beginn der Sitzung auf 10 Uhr vormittags fest. Das Haus beschließt, die erste und zweite Lesung über die Verlängerung des Noterats mit auf die Tagesordnung zu setzen. Schluß gegen 6 Uhr.

### Deutscher Reichstag.

Bda. Berlin, 4. Juni 1924.

(Fortsetzung unseres gestrigen Berichts.)

In der fortgesetzten Verhandlung erhält dann Abg. Roenen (Komm.) das Wort, der den Sozialdemokraten Anstandslosigkeit gegenüber monarchistischen Präsidenten vorwirft und vom Präsidenten zur Sache gerufen wird. (Abg. Schölem (Komm.) ruft: Kritik an Se. Majestät Wallraf ist nicht gestattet! — Gegenrufe rechts: Unverschämtheit!) Roenen wirt dem Präsidenten vor, er habe bemerkt die Führung bei der Kommunistenbewegung übernommen. Auch die Sozialdemokraten beteiligten sich an dieser Debatte. Der Redner wirt den nationalsozialistischen Abgeordneten Wulle, v. Graefe und Regentlow vor, sie ständen mit Nordbändern in Verbindung. Das hätte der Thermanprozess und der Hardenprozess bewiesen. Die Spitzelgeschichten seien entsetzlich dumm, Severing verteidigte das Spitzeln am besten. Die bürgerlichen Parteien hätten die Absicht, die kommunistische Fraktion nicht nur vopelfrei, sondern gänzlich zu vernichten zu machen. Der Redner schließt mit einem Bekenntnis zur Weltrevolution. (Händeklatschen bei den Komm., das vom Reichspräsidenten Dr. Nieber als den Geflohenheiten des Reichstags widersprechend erwidert gerügt wird.)

Abg. Dr. Bell (Zentr.) weist die parteipolitisch gefärbte Darstellungsweise des kommunistischen Redners zurück. Parteipolitik komme hier gar nicht in Frage. Es komme nur darauf an, festzustellen, ob genügend Gründe für die Fortsetzung der Haft sprechen. Der Ausschuss ist in objektiver Prüfung der Sachlage zu dieser Erkenntnis gekommen, sodas die Festhaltung der beiden Abgeordneten Weisler und Lindau notwendig erscheint.

Abg. Hennig (Nat.-Soz.) hält dem Reichstage vor, daß er 6 Kommunisten frei gelassen habe, aber den national-

sozialistischen Abgeordneten Kriebel festhalte, obwohl es sich hier um einen Ehrenmann handle, dessen vaterländische Beweggründe sogar vom Auslande anerkannt worden seien. (Großer Lärm b. d. Komm., Heil-Rufe b. d. Nat.-Soz.) Auch im weiteren Verlaufe der Ausführungen des Redners kommt es wiederholt zu heftigen Zusammenstößen mit den Kommunisten. Der Redner erklärt, wer wie die Linke 1918 Verat getrieben habe, müsse vorläufig mit solchen Worten umgehen. (Großer Lärm links.) Die Nationalsozialisten hätten keinen Hochverrat begangen, was sie tun, das tun sie aus Vaterlandsliebe. Franklich bleibt, ob das neue System, in dem der Kuhhandel des Zentrums mit den Noten die Hauptrolle spiele, ein Beweis von Vaterlandsliebe sei. (Weste des Zentrums und namentlich des Abg. Lehrenbach.) Für solch ein Verhalten haben die Deutschvölkischen nur Verachtung. Die Feindschaft der anderen Parteien gegen die Deutschvölkischen habe sich auch bei der Schriftführerwahl gezeigt, wo der nationalsozialistische Kandidat niederkammt wurde. Die Vorwürfe richteten sich auch gegen die Deutschnationalen, obwohl sie sich in letzter Zeit ein völkisches Mantelchen umgehängt haben. Die nationalen deutschen Arbeiter stehen hinter den Nationalsozialisten und wollen von der jüdischen Moskowiterei nichts wissen.

Abg. Thälmann (Komm.) ruft: Schuft! Henschler: und erhält einen Ordnungsruf. Der Redner erklärte zum Schluß, das deutsche Volk werde sich jetzt entscheiden müssen zwischen Sakentreu und Sowjetkern. Die Wahl werde ihm wohl nicht schwer werden. Notwendig sei uns eine völkische Diktatur. (Beif. und Heilrufe b. d. Nat.-Soz.)

Abg. Dr. Bell (Soz.) wirt den Nationalsozialisten vor, sie hätten das Niveau des Wahlkampfes in unerträglicher Weise heruntergedrückt. Die Rede Hennings sei aber noch schlimmer gewesen. Der Redner tritt für die Freilassung der verhafteten Abgeordneten ein.

Abg. Thälmann (Komm.) erklärt, es wäre ein Frevel, wenn die Kommunisten auf den bewaffneten Aufstand verzichten wollten. (Beif. hört, hört!) Jedes Gewehr in der Hand eines Arbeiters bedeute einen weiteren Schritt zur Freiheit. (Erneutes hört, hört!) Die kommunistische Partei lasse sich durch keine Verbote einschüchtern.

Abg. Dr. Kahl (Dsp.) übt scharfe Kritik an dieser Brand- und Revolutionrede und erwidert damit den toben den Widerspruch der Kommunisten. Wer diese Rede gehört habe, müsse für die Ausübung der Freiheit stimmen. Der Redner weist Vorwürfe des kommunistischen und sozialistischen Sprechers gegen die deutsche Justiz mit aller Entschiedenheit zurück. Da sich verschiedene Meinungsverschiedenheiten zwischen den in unmittelbarer Nachbarschaft sitzenden deutschvölkischen und nationalsozialistischen Abgeordneten gezeigt habe, erklärt der Redner, die Nachbarschaft der Völkischen sei zwar unangenehm genug, aber sie müsse ertragen werden. (Weiterkeit.) Das völkische Programm, das hier entwickelt worden sei, sei schon mehr kommunistisch. (Weiterkeit.)

Abg. Titzmann (Soz.) teilt mit, daß seine Fraktion trotz der kommunistischen Reden für die Freilassung der kommunistischen Abgeordneten stimmen werde. Die Anklagen des letzten kommunistischen Redners gegen die Sozialdemokratie seien erstickt und erlogen. (Lobender Lärm der Kommunisten.)

Damit schließt die Aussprache.

Es folgen persönliche Bemerkungen, bei denen es wiederum zu harmlosen Szenen kommt, wobei die kommunistischen und nationalsozialistischen Gruppen einander antreiben. Abg. Hennig (Nat.-Soz.) verweist sich in großer Erregung gegen die Behauptung des Abg. Kahl, das nationalsozialistische Programm sei kommunistisch. Der Reichstag beschließt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten die Freilassung der kommunistischen Abgeordneten Lindau und Weisler abzuschließen, ebenso die Freilassung des Abg. Schlecht (Komm.) dessen Fall aber weiter geprüft werden soll.

Damit schließt um 4 Uhr die erste Sitzung und der Präsident beraumt auf 6 Uhr eine neue Sitzung an mit der Tagesordnung Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

## Ankündigungen für die Pfingstnummer

des Rieser Tagesblattes, die an drei Tagen aufliegt, wolle man sofort in der Tagesblatt-Geschäftsstelle, Goethestraße 59 (Erspracher 20) abgeben.

Rechtzeitige Bestellung sichert pünktliche Veröffentlichung.